

und „Aufklärungsaktionen“ in den Rathäusern. Ganz im Ernst meint der Verbandsführer: „Der Frust unter den Beamten ist so groß, daß sie nicht mehr wie bisher ihren Dienst versehen können.“

Mit seinen Drohungen hat Krause bisher meist Erfolg gehabt. Im Frühjahr erst nahm die Bundesregierung die schon beschlossene einprozentige Gehaltskürzung für Beamte wieder zurück.

Diesmal dürfte es für Krause und seine Gefolgschaft etwas schwerer werden. Die sonst so beamtenfromme Unionsmehrheit im Bundesrat mahnte zwar die Bundesregierung, noch etwas für ihre Klientel zu tun; stoppen wollte die Mehrheit der CDU-Länder den Gesetzentwurf im ersten Beratungsdurchgang allerdings nicht.

Vor allem die Ministerpräsidenten der finanzschwachen Länder Schleswig-Hol-

che Argument hervor: Die beamteten Staatsdiener dürften nicht schlechter gestellt werden als die Angestellten.

Der ehemalige ÖTV-Chef Heinz Kluncker hatte in den Tarifverhandlungen des Frühjahrs durchgesetzt, daß Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst bereits vom 1. Mai an mehr Geld bekommen. Bleiben Bundestag und Bundesrat bei der Beamtengesetzgebung hart, so hat der angestellte Briefträger drei Monate früher als sein beamteter Kollege die Gehaltsaufbesserung eingestrichen. Die Regelung, da liegen die Beamtenbündler wohl richtig, würde die Benachteiligung der Beamten gegenüber den Angestellten im Staatsdienst noch verstärken. Bei der Überstundenregelung und in der Altersversorgung kommt das Tarifpersonal im öffentlichen Dienst besser weg als die Beamten. Die erhalten

Arbeitnehmern in der Wirtschaft geht. Schon 1980 verdienten nach einer Statistik des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung die öffentlichen Bediensteten mit 3104 Mark im Schnitt mehr als die Arbeitnehmer in der gesamten Wirtschaft, die 2525 Mark durchschnittlich nach Hause brachten.

Die Alterssicherung der Beamten ist überdurchschnittlich hoch und beitragsfrei. Ein verheirateter Beamter kann im einfachen Dienst (Besoldungsgruppe A 5) 1807 Mark und im mittleren Dienst (Besoldungsgruppe A 8) 2477 Mark an Pension erwarten. Der Facharbeiter in der Industrie dagegen, der im Schnitt rund 2900 Mark brutto verdient, erhält nach 40 Versicherungsjahren eine steuerfreie Rente von nur 1280 Mark.

In den letzten 12 Monaten belastete Bonn die Arbeitnehmer gleich zweimal mit einer Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Die Beamten waren nicht betroffen. Den Vorteil des unkündbaren Arbeitsplatzes halten die beim Staat Beschäftigten ohnehin für eine Selbstverständlichkeit.

Vor dem DGB-Bundesausschuß rechnet IG-Metall-Chef Eugen Loderer vor, die Sparopfer des öffentlichen Dienstes seien im Vergleich zu dem, was seine Gefolgschaft zu verkraften habe, lächerlich gering. Loderer: „Ich kann das Gemammere der Staatsdiener nicht mehr hören.“

Der Gewerkschaftsvorsitzende steht da nicht allein.



„Ich wollte ihm schon wildentschlossen die Spardose hinhalten, aber in dem Moment zog er derart bedrohlich die linke Augenbraue hoch ...“

stein und Niedersachsen, Gerhard Stoltenberg und Ernst Albrecht, denken an die Ebbe in ihren Kassen. Immerhin bringt die hinausgezögerte Besoldungsanpassung den Ländern die Hälfte der Einsparung von rund einer Milliarde Mark.

Offen ist noch, ob der Gesetzentwurf nun die Beratung im Bundestag heil übersteht. Denn dort ist die Beamtenlobby ganz prächtig im Geschäft.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU Helmut Kohl hat längst „Widerstand gegen das Sonderopfer für die Beamten“ angekündigt. Karl Liedtke, oberster Beamten-Vertreter in der SPD-Bundestagsfraktion, will wenigstens die unteren Besoldungsgruppen von der Sparmaßnahme ausnehmen.

Bei ihrer PR-Arbeit in den Bonner Abgeordneten-Büros kramen die Vertreter des Beamtenbunds stets das glei-

im einfachen Dienst für Mehrarbeit 10,60 Mark pro Stunde, Arbeiter und Angestellte aber kassieren zwischen 13,43 und 14,41 Mark.

Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst bekommen nach Angaben des Beamtenbundes bis zu 200 Mark netto monatlich weniger aufs Konto, wenn sie sich verbeamten lassen. Bei der Post lehnten deshalb bisher über 17 000 Tarifbedienstete ab, Beamter zu werden.

Beamte erreichen eine Pension von 79 bis 87 Prozent ihrer letzten Nettobezüge. Bei Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst „übersteigt das Altersruhegeld in der Regel das letzte verfügbare Nettoentgelt“, wie Innenminister Gerhart Baum unlängst festgestellt hat.

Doch bei ihren Klagen über die Ungerechtigkeiten innerhalb des öffentlichen Dienstes vergessen die Beamten, wie gut es ihnen inzwischen im Vergleich zu den

AEG

## Aus dem Boot gekippt

**Der angeschlagene Elektrokonzern taumelt in die nächste Runde: Für ein paar Monate reicht erst mal das Geld.**

Die vergangene Woche muß dem AEG-Chef Heinz Dürr wie ein Alptraum erschienen sein.

Die Wirtschaft der Bundesrepublik, daran glaubt Dürr ganz fest, wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten nur dann prosperieren, wenn ein „gesellschaftlicher Konsens“ da ist: Nach japanischem Vorbild müßten Staat und Gewerkschaften, Banken und Industrie den Strick in dieselbe Richtung ziehen.

Davon war letzte Woche nichts zu spüren. Die Bemühungen zur Rettung des Elektrokonzerns waren zu einem erbarmungslosen Kampf ausgeartet. Statt nach Dürrs friedvoller Vision lief das Spiel nach den Regeln härtesten Pokers ab.

Der Mann mit den besten Trümpfen saß in Stuttgart: Ungerührt von allem Wehklagen über die AEG-Zukunft, brachte Bosch-Chef Hans Merkle den Elektrokonzern, der erst mal aus dem Größten heraus schien, wieder an den Rand der Pleite.

Am Dienstagmorgen noch sah es so aus, als könnte die AEG, mit Aussicht auf eine 600-Millionen-Bürgschaft des Bundes und neuen 275 Millionen Mark Krediten der Banken, wenigstens die nächsten Monate überstehen.

In einem Treffen zwischen den Bonner Ministern Manfred Lahnstein, Otto Graf Lambsdorff, dem neuen AEG-Krisenmanager Otmar Emminger und ein paar Bankenvertretern waren noch einmal die technischen Details der Hilfsaktion durchgesprochen worden.

Für ihre Kredite verlangten die Banken Sicherheiten. Unstrittig war eine Verpfändung der AEG-Anteile an der Tochterfirma Kabelwerke Rheydt, die mit 150 Millionen Mark veranschlagt wurden. Weitere 125 Millionen sollte der AEG-Anteil (24,5 Prozent) an der Telefonfirma Telenorma bringen.

Ursprünglich hatte Bosch-Chef Merkle, der die Mehrheit an Telenorma besitzt, die Aktien kaufen und damit der AEG neues Geld zuführen sollen.

Doch Merkle sperrte sich. Selbst eine Verpfändung der AEG-Anteile an die Banken, ließ der Elektro-Manager aus Stuttgart wissen, gefalle ihm nicht: Damit wäre sein Vorkaufsrecht an den Rest-Aktien hinfällig.

Obwohl eigentlich alles unklar war, trennte sich die Dienstags-Runde guten Mutes: Krisenmoderator Emminger hatte die Parole ausgegeben, man werde sich mit Bosch schon einigen.

Als Merkle in Stuttgart davon erfuhr, stauchte er Emminger am Telefon zusammen; der Ex-Bundesbankier habe ihn falsch interpretiert.

Am Mittwochmorgen, kurz bevor das Bonner Kabinett die Exportbürgschaft billigen sollte, wollte Lambsdorff es genau wissen: Er rief den Schwaben an. Nach dem Telefongespräch änderte der Wirtschaftsminister die Kabinettsvorlage um. Die Gewährung der Bonner Bürgschaft wurde an eine Bedingung geknüpft: Die Banken mußten auf jeden Fall neue Kredite gewähren, sonst wird Bonn auch die 600 Millionen nicht verbürgen.

Geschickt waren die Bonner die AEG-Laßt erst mal wieder losgeworden: Sie hatten ihre Bereitschaft zur Hilfe bekundet; jetzt mußten sich die Banken mit dem störrischen Bosch-Chef herumschlagen.

Ende voriger Woche hatten die Bankiers das Stuttgarter Hindernis umschiffen. Merkle, der offenkundig die Pleite der AEG ansteuerte, um billig an zusätzliche wertvolle Konzernanteile zu kommen, war nicht mehr nötig: In entlegenen Winkeln des AEG-Konzerns hat-

ten die Bankiers alternative Sicherheiten für ihre neuen Kredite gefunden.

Als Pfand sind nun die Küchenfirma Alno und das Strahlungstechnik-Unternehmen Eltro vorgesehen. Außerdem muß die AEG noch Anleihen im Wert von rund 25 Millionen Mark herausrücken. So waren Ende letzter Woche die Voraussetzungen geschaffen, daß die AEG wenigstens Geld für die nächsten paar Monate hat.

Die Schar der Geldgeber freilich schrumpft immer mehr zusammen. Als die neuen Millionen gefragt waren, zogen sich einige Banken dezent zurück.

Als erste sprangen die Deutsche Girozentrale, die Dachgesellschaft der bundesdeutschen Sparkassen und die Schweizerische Kreditanstalt ab. Die



**Bosch-Chef Merkle**  
Die AEG-Pleite angesteuert?

Hamburgische Landesbank, die schon seit Monaten ihre AEG-Kredite billigst verkaufen möchte, will ebenso nicht mehr wie die Spitzen des privaten Bankgewerbes Merck, Finck & Co. in München, Bethmann in Frankfurt sowie Trinkaus & Burkardt in Düsseldorf.

Als vorerst letzter kippte schließlich die Bayerische Landesbank aus dem gemeinsamen Boot. Der Abgang der sieben, die immerhin rund zwölf Prozent des Konsortiums repräsentieren, bedeutet für die anderen vermehrte Last: Gut 30 Millionen der 275 Millionen Mark müssen von ihnen zusätzlich übernommen werden.

Die Leidenschaft jedenfalls, mit der führende Bankiers einen Vergleich oder Konkurs der AEG noch vor wenigen Wochen von sich wiesen, nimmt erkennbar ab. Das reichste Geldhaus der Repu-

blik, die Deutsche Bank, hat das Kapitel AEG ohnehin aus ihren Büchern gestrichen: Aktien und Kredite der AEG sind bis auf die letzte Mark abgeschrieben.

Der Kollege Hans Friderichs von der Dresdner Bank, AEG-Aufsichtsratsvorsitzender und seit zweieinhalb Jahren Bannerträger der Sanierung, verströmt auch nicht gerade Optimismus.

Die Zweifel an dem AEG-Führungsduo Dürr/Friderichs, die unter Bankiers wie Bonner Politikern inzwischen reichlich offen beredet werden, sind dem Dresdner-Bank-Chef an den Nerv gegangen.

Ohnmächtig mußte Friderichs mit ansehen, wie die Kollegen von der Deutschen Bank seinen Schützling Dürr zu demontieren versuchten.

Dürres Posten an der Spitze der AEG sollte der Industrielle Günter Vogelsang übernehmen. Doch Vogelsang, der einst bei der Heilung des Krupp-Konzerns tätig war, will sich seinen Ruhestand nicht verderben lassen und lehnte ab.

## KERNKRAFT

### Plumper Versuch

**Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth will Anwohner von Atomkraftwerken mit einem Strompreisrabatt besänftigen.**

Die Idee hat viele Namen. Die Sozialdemokraten sprachen von einer „Zitterprämie“, die Grünen von „Risiko-Rabatt“ oder „Strahlenskonto“, und Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth, der Vater der Idee, benutzt den Ausdruck „Belastungsbonus“.

Gemeint ist ein billiger Stromtarif für die Anrainer westdeutscher Atomkraftwerke, den Späth seit geraumer Zeit verspricht, wann immer er auf Bürgerversammlungen für Atomenergie Reklame macht. „Mit allen zu Gebote stehenden Mitteln“, so versicherte der Regierungschef stets, wolle er diesen „Kernkraft-Umlandtarif“ durchsetzen, und gleich nach der Sommerpause soll sein Kabinett einen Zweistufen-Plan verabschieden:

- ▷ zuerst Gespräche mit den baden-württembergischen Versorgungsunternehmen, um zu erkunden, ob sie in bestimmten Gebieten verbilligten Strom anbieten können und wollen, wenn nicht
- ▷ eine Initiative im Bundesrat, um das Energiewirtschaftsgesetz, die „Bundestarifordnung Elektrizität“ und notfalls auch das Bundeskartellgesetz zu ändern.

Das Gespräch mit den Stromerzeugern könnte sich Späth sparen. Nach derzeitiger Rechtslage dürfen die, auch wenn sie wollten, gar keine Sonderkonditionen einräumen. Das Energiewirtschaftsgesetz verpflichtet die Unterneh-